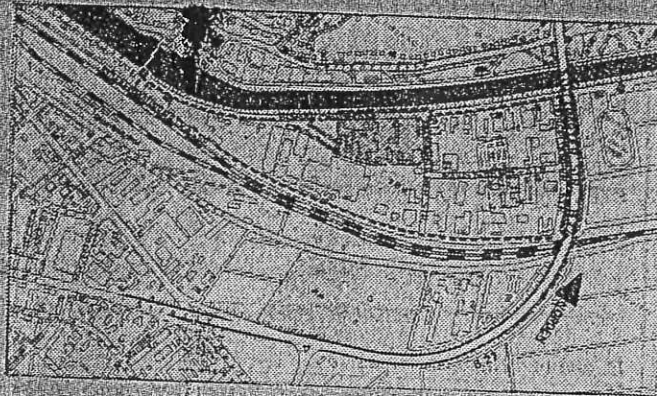


Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Tübingen



Genehmigung der Bebauungsplanänderung „Bismarck-, Düsseldorfer-, Schaffhausen-, Brückenstraße“ – „Unterer Wert, Kirchen- tellinsfurter Straße“ – „Bismarck-, Neckarsulmer Straße“

Das Regierungspräsidium Tübingen hat die Änderung der Bebauungspläne (= textliche Planergänzung) „Bismarck-, Düsseldorfer-, Schaffhausen-, Brückenstraße“ vom 19. 3. 1963 – „Unterer Wert, Kirchentellinsfurter Straße“ vom 7. 5. 1968 – „Bismarck-, Neckarsulmer Straße“ vom 29. 7. 1966, die der Gemeinderat am 20. 2. 1978 als Satzung beschlossen hatte, mit Erlaß vom 20. 10. 1978 Nr. 13-43/3005.2-Nr. 1081/78 genehmigt. Die Änderung umfaßt den gesamten Bereich, der zwischen Schaffhausenstraße, Düsseldorfer Straße, Bismarckstraße und Brückenstraße eingeschlossen wird.



Der Bebauungsplan und seine Begründung liegen öffentlich aus. Er kann bei der Planauflage des Stadtplanungsamts, Brunnenstraße 3, I. OG, Zimmer 115, während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes beim Zustandekommen dieser Bebauungspläne ist nach § 155 a des Bundesbaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1976 (BGBl. I, S. 2256; ber. BGBl. I, S. 3617, geändert durch Art. 9 Nr. 1 Vereinfachungs-Novelle v. 3. 12. 1976, BGBl. I, S. 3281) unbeachtlich, wenn sie nicht unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten des Bebauungsplans gegenüber der Universitätsstadt Tübingen geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung

oder die Bekanntmachung dieses Bebauungsplans verletzt worden sind.

Die Verletzung ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Planauflage des Bauverwaltungsamts, Brunnenstraße 3, Tübingen, geltend zu machen.

Auf die Vorschriften des § 44 c Abs. 1 Satz 1 und 2 und Abs. 2 des Bundesbaugesetzes in der o.g. Fassung über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Die Änderung der Bebauungspläne wird mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Der Gemeinderat hat am 20.1.1978 gemäß § 10 BBauG und § 111 LBO folgende textliche Ergänzung als Satzung beschlossen:

1. Art und Maß der baulichen Nutzung:

Für den gesamten Planbereich findet die Baunutzungsverordnung in der Fassung vom 15.9.1977 Anwendung.

2. Gliederung des Industriegebietes (§ 1 Abs. 4 BauNVO):

Im Hinblick auf den außergewöhnlichen Zu- und Abgangsverkehr und der daraus resultierenden Verkehrsnetzbelastung wird das Industriegebiet derart gegliedert, daß in diesem Gebiet Warenhäuser, Verbrauchermärkte, Einkaufszentren und andere Einzelhandelsbetriebe mit vergleichbaren Auswirkungen mit einer Verkaufsnutzfläche von über 500 m² unzulässig sind.

3. Werbeanlagen (§ 111 LBO):

Im Industriegebiet sind Werbeanlagen an der Stätte der Leistung sowie für Anschläge bestimmte Werbeanlagen zulässig.

Werbeanlagen an der Stätte der Leistung müssen auf der Fassade angebracht werden. Ausnahmen können zugelassen werden, soweit konstruktive Gründe dies erfordern. Werbeanlagen in greller oder fluoreszierender Farbgebung sind unzulässig. Ebenso sind Werbeanlagen und Lichtwerbung in Form von Lauf-, Wechsel- oder Blinklicht unzulässig.

Stadtplanungsamt

Tübingen, den 20.1.1978

Fournier

